

epd Nachrichten

Nr. 55 vom 19.03.2018

Kita-Bundesverband fordert vergütete Ausbildung

epd-Gespräch: Dieter Sell

Bremen (epd). Die Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder fordert eine durchgängige Vergütung der Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher, die in Kitas arbeiten wollen. "In der Kindertagesbetreuung stellen der Fachkräftemangel und die geringe Attraktivität der Ausbildung das größte Problem dar", sagte der Vorsitzende Carsten Schlepper dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Bremen. Eine Vergütung könne dazu beitragen, den Einstieg in den Beruf attraktiver zu gestalten.

Bisher ist die herkömmliche dreijährige Vollzeit-Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher an Schulen gekoppelt, wo es keine Vergütung gibt. An manchen Fachschulen müssen die Auszubildenden sogar Schulgeld zahlen.

Zwar wolle der Bund vom kommenden Jahr an viel Geld für die frühkindliche Bildung in die Hand nehmen, räumte Schlepper ein. "Aber im Koalitionsvertrag stehen eine angestrebte Beitragsfreiheit für Kitas und die Qualitätsentwicklung in Konkurrenz zueinander. Die Qualität hängt entscheidend davon ab, ob wir genügend gut ausgebildetes Fachpersonal haben."

Der Bund will jährlich bis 2021 seinen Beitrag auf zwei Milliarden Euro im Jahr steigern, insgesamt auf 3,5 Milliarden Euro zusätzlich. Konkret ist im Koalitionsvertrag sowohl von einer Steigerung der Qualität der Kinderbetreuung die Rede als auch von der "Entlastung von Eltern bei den Gebühren bis hin zur Gebührenfreiheit". Doch allein eine Vergütung aller Auszubildenden koste Schätzungen zufolge etwa 1,5 Millionen Euro, bilanzierte Schlepper. "Dafür reicht das Geld nicht."

Damit Ausbau, Qualität und Fachkräftegewinnung gleichermaßen verfolgt werden könnten, seien ab 2018 aufsteigend eine Milliarde Euro pro Jahr mehr nötig. "Ab 2022 müssten zusätzlich dauerhaft fünf Milliarden Euro mehr zur Verfügung stehen, um die Qualitätsstandards in den Ländern schrittweise anzupassen und beizubehalten."

Die Beitragsfreiheit sei ein "absolut wichtiges" Ziel, betonte Schlepper. "Das darf aber nicht zulasten der Qualität gehen." Die Bundesvereinigung befürchte, dass mit dem Ausgleich der Beitragsfreiheit ein wesentlicher Teil der zusätzlichen Bundesmittel "mindestens aufgebraucht ist". Eher werde von einer zusätzlichen Belastung der Länder und Kommunen ausgegangen. Schlepper: "Damit bleibt am Ende die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte allein bei den Trägern hängen."

Schlepper schlug vor, erst die Ausbildung zu stärken und dann in die Beitragsfreiheit zu investieren. Notlagen würden ohnehin durch eine soziale Staffelung der Elternbeiträge aufgefangen. Schlepper leitet auch den Bremer Landesverband Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder. Die Bundesvereinigung ist der

Fachverband der Diakonie für frühe Bildung. Er vertritt die Interessen von bundesweit 9.200 Einrichtungen mit mehr als 100.000 Fachkräften und 560.000 Kita-Plätzen.

epd Inb jup